IPG

INTERVIEWS 21.11.2016

Auf einer Welle falscher Versprechungen

Joseph E. Stiglitz über Donald Trump, den Welthandel und das Ende des amerikanischen Traumes.

Der designierte US-Präsident Donald Trump hat ein umfassendes Bauprogramm für Schulen, Straßen und Krankenhäuser angekündigt. Wie soll das gehen, wenn er gleichzeitig die Staatsausgaben zurückfahren will?

Man kann Trumps Wahlkampfaussagen nicht als zusammenhängendes Regierungsprogramm betrachten. Sie passen nicht zusammen. Er sagte, er werde die Infrastrukturausgaben erhöhen, die Mehrwertsteuer senken, Steuern senken und das Haushaltsdefizit senken. Offenbar begreift er nicht, dass wir in den letzten 25 Jahren in der staatlichen Bürokratie stark abgebaut haben – also diese vielgescholtenen grauen Beamten. Wir sind ziemlich effizient geworden.

Im letzten Präsidentschaftswahlkampf handelte sich Mitt Romney mit seiner Kritik an den Staatsbediensteten große Schwierigkeiten ein. Es zeigte sich, dass die Menschen ihre Feuerwehrleute mögen, ihre Polizisten, das Militär, die soziale Sicherung, Medicare. Und wenn man über Lehrer redet und alles, was die Menschen schätzen, dann ist das ja der Staat.

Es ist einfach nicht mehr genügend Fett übrig, das man abschmelzen könnte. Und Tatsache ist, dass Trump seine Versprechen brechen wird. Welche? Das wissen wir nicht. Aber wir wissen, dass er unmöglich alle halten kann.

Trump hat angekündigt, die Unternehmenssteuern in den USA deutlich zu senken. Welche Folgen hätte das?

Das ist Teil einer größeren Steuerreform. Mit dieser „Reform“, für die sich Trump ausgesprochen hat, würden die Steuern für die Reichen gesenkt und damit natürlich die Ungleichheit vergrößert. In den Vereinigten Staaten herrscht ja die perverse Situation, dass der

durchschnittliche Steuersatz im oberen Einkommensbereich niedriger ist als weiter unten. Die USA haben somit die zweifelhafte Ehre, eines der wenigen Länder zu sein, die kein progressives, auch kein proportionales, sondern ein regressives Steuersystem haben. Moralisch betrachtet ist das unfair. Und es wird noch schlimmer, wenn seine Vorschläge zur Abschaffung der Erbschaftssteuer durchgehen.

Amerika ist auf dem Weg in eine Erb-Plutokratie, genau das Gegenteil des amerikanischen Traumes.

Amerika ist auf dem Weg in eine Erb-Plutokratie, genau das Gegenteil des amerikanischen Traumes, nach dem jede und jeder unten anfangen und mit der eigenen Hände Arbeit aufsteigen kann. Wir wussten alle, dass diese Vorstellung etwas übertrieben war. Aber diese Steuerreform würde bedeuten, dass wir den Traum begraben haben.

Treibt die hohe Unternehmenssteuer multinationale Konzerne wie Apple nicht dazu, ihren Hauptsitz aus den USA ins Ausland zu verlagern, wo es billiger ist?

Nein. Zunächst einmal zahlen amerikanische Unternehmen, wenn man die Bemessungsgrundlage, die Steuernachlässe und die Schlupflöcher betrachtet, keine höheren Steuern als in anderen Ländern. Es stimmt auch nicht, dass die Senkung der Unternehmenssteuersätze Investitionen ankurbelt. Ich glaube aber schon, dass es vorteilhaft wäre, wenn man das Steuersystem vereinfachen würde und jedes Unternehmen den offiziellen Satz zahlen müsste, seien es 25 Prozent, 20 Prozent oder 15 Prozent.

Aber im Grunde ist das Problem ein globales, kein nationales. In der Welt herrscht ein vernichtender Steuerwettbewerb. Ein Land versucht, dem anderen mit einem etwas niedrigeren Steuersatz die Arbeitsplätze abzujagen. Das ist eine Abwärtsspirale. Irland ist da ein Beispiel. Erstens hat Irland einen Steuersatz von 12,5 Prozent, während er in vielen Teilen Europas deutlich höher ist. Da muss es eine Harmonisierung geben. Aber zweitens hat Irland auch noch sein eigenes Steuersystem ausgetrickst. Und Apple erhielt einen speziellen Vorzugssteuersatz von 0 Prozent.

In der Welt herrscht ein vernichtender Steuerwettbewerb.

Wenn man das jedem Unternehmen zugestanden hätte, dann wäre das europäische Steuersystem im Chaos versunken. Jedes amerikanische Unternehmen, wahrscheinlich jeder multinationale Konzern hätte gesagt, na gut, warum behalten wir nicht die Steuern, die wir zahlen, und ziehen nach Irland? Wir geben

einfach an, dass unser Geld aus Irland kommt, aus so einer Cyberspace-Firma, und dann zahlen wir keine Steuern mehr. Voilà. Und wir können sogar noch behaupten, anständige Bürger zu sein. Ich habe immer gesagt, die unternehmerische Verantwortung fängt damit an, dass man seine Steuern zahlt.

Die Europäische Kommission wusste nicht einmal, dass Irland dieses Geheimabkommen unterzeichnet hat. Sie hat es erst erfahren, als die US-Regierung tätig wurde. Deshalb sind wir auch so entschieden gegen Geheimniskrämerei.

Einige Beobachter machen die Ungleichheit für Donald Trumps Wahlsieg verantwortlich. Ein großer Teil der US-Bevölkerung fühle sich von der Globalisierung abgehängt. Stimmen Sie dem zu?

Trump wurde unter anderem gewählt, weil sehr viele Amerikaner einen Wechsel wollten. Ein, und nur ein Grund dafür ist, dass viele Menschen abgehängt wurden. Das Durchschnittseinkommen der unteren 90 Prozent der Amerikaner hat sich in den letzten 30 Jahren kaum verändert. Und eine Volkswirtschaft, die einer Mehrheit der Bürger nichts bringt, hat versagt. Die US-Wirtschaft hat versagt. Hillary Clinton stand für die Vergangenheit und für ein „Weiter so". Trump war die Stimme des Wandels.

Seine Diagnosen zu den Fehlentwicklungen in der Wirtschaft waren natürlich völlig unhaltbar. Es wurden schlechte Handelsabkommen abgeschlossen, aber das ist nur ein Teil des Problems. Und es lag nicht daran, dass die Unterhändler schlecht verhandelt hätten. Es lag daran, dass unsere Unterhändler meistens genau das bekommen haben, was sie wollten. Sie vertraten nämlich die Unternehmensinteressen, und die Unternehmensinteressen siegten über die Interessen der Beschäftigten.

Trumps Diagnosen zu den Fehlentwicklungen in der Wirtschaft waren natürlich völlig unhaltbar.

Man hat das bei der Transpazifischen Partnerschaft (TPP) und bei der Transatlantischen Handels- und Investionspartnerschaft (TTIP) gesehen, wo die Unternehmensinteressen auf dem Tisch lagen, die der einfachen Bürgerinnen und Bürger aber nicht. Es waren amerikanische Pharmakonzerne, die hohe Arzneimittelpreise durchsetzen wollten, die den Amerikaner solche Sorgen machen. Es waren amerikanische Unternehmen, die Investitionsschutzvereinbarungen wollten, die

Regulierung im Klimaschutz und Umweltfragen aller Art einschränken.

War es also die Bedrohung durch den internationalen Wettbewerb, die Trumps Anhängern Angst machte?

Die Globalisierung ist nur ein Teil des Problems. Wir haben große technische Entwicklungen erlebt, und die Anpassung daran ist nicht einfach. Ich komme aus Gary, Indiana, einer großen Stahlstadt. Wir produzieren genauso viel Stahl wie in der Hochphase, aber eben nur mit einem Sechstel der Arbeiter.

Es waren die Republikaner, die immer dagegen waren, den abgehängten Arbeitern unter die Arme zu greifen.

Und der Haken ist: Es waren die Republikaner, die den Arbeitern nicht bei der Anpassung helfen wollten. Die Demokraten haben immer für Anpassungshilfen plädiert und Maßnahmen vorgeschlagen, die den Leuten helfen sollten, mit den veränderten wirtschaftlichen Bedingungen zurechtzukommen. Es waren die Republikaner, die immer dagegen waren, den abgehängten Arbeitern unter die Arme zu greifen. In den letzten Jahren wäre es eine der wichtigsten Aufgaben gewesen, die Konjunktur anzuschieben. Wir brauchten mehr Infrastruktur und mehr Ausgaben für Forschung und Entwicklung.

Man könnte also sagen, zu den positiven Maßnahmen, die möglicherweise unter einer Regierung Trump durchgeführt werden, gehört ein sehr schlecht konstruiertes Konjunkturpaket. Selbst ein schlechtes Konjunkturpaket wird Arbeitsplätze schaffen und einige der Abgehängten kurzfristig auffangen. Aber natürlich wird es sie nicht fit machen für die Wirtschaft des 21. Jahrhunderts.

Aber Privatuniversitäten wie die Trump University werden sich leichter tun, sich durch die Ausbeutung armer Amerikaner zu bereichern. Sie zwingen mit hohen Gebühren die Menschen dazu, sich hoch zu verschulden, und dann bringen sie ihnen nicht einmal etwas bei. Wir müssen also davon ausgehen, dass unter einer Regierung Trump genau die Gruppe, die ihn gewählt hat, stärker ausgebeutet wird.

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und andere sagen, wenn wir nicht hart mit den Briten verhandeln, werden auch

Europa steht vor der schweren Entscheidung, wie es nach dem Brexit mit Großbritannien und dem Binnenmarkt weitergehen soll. Was ist Ihre Empfehlung?

Ich glaube, sowohl für Großbritannien als auch

andere Länder die EU verlassen. Das ist der absolut falsche Standpunkt.

für die EU ist es am besten, auf die engstmögliche wirtschaftliche Integration hinzuarbeiten, die mit dem Referendum vereinbar ist. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und andere sagen, wenn wir nicht hart mit den Briten verhandeln, werden auch andere Länder die EU verlassen. Das ist der absolut falsche Standpunkt. Er sendet die negative Botschaft aus, dass Länder nur in der EU bleiben, weil sie Angst davor haben, was im anderen Fall geschehen könnte. Wenn das alles ist, was die EU zu bieten hat, dann ist das traurig für Europa.

Ich glaube, die EU hat viel mehr zu bieten. Sie hat eine positive Agenda, muss sich aber besser verkaufen, besonders bei den älteren Menschen. Natürlich wird es Länder geben, die den Weg nicht mitgehen können. Norwegen ist eines. Die Schweiz ist ein anderes. Großbritannien ist offenbar ein drittes.

Ich verstehe die Abstimmung für den Brexit so, dass die Briten keine freie Migration wollen. Aber sie könnten eine „Migrationspause" einlegen.

Im Zusammenhang mit den EU-Vorschriften könnte man das Subsidiaritätsprinzip neu bekräftigen. Eiscreme muss ja nicht in jedem Land gleich sein. Wenn britisches Eis einen anderen Sahneanteil hat als europäisches, geht in meinen Augen die Welt nicht unter. Aber es ist wichtig, dass die Leute wissen, was sie kaufen.

Die Fragen stellte Eleanor Mears.



Joseph E. Stiglitz
New York

Joseph E. Stiglitz ist Professor an der *Columbia University* und war Vorsitzender des *Council of Economic Advisers* der Regierung von Bill Clinton sowie *Senior Vice President* und *Chief Economist* der Weltbank. Im Jahr 2001 erhielt er den Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften.

11 LESERBRIEFE

Karl-Heinz Müller schrieb am 22.11.2016

Naja, nicht nur die amerkanische Wirtschaft hat versagt, die Wirtschaft weltweit ist dem Raubtierkapitalismus verfallen. Und zu Trump, er kann seine Wahlversprechen nicht einhalten, ja, aber was unterscheidet ihn da von anderen, z.B. von Obama? Die Lügen uns doch alle was vor um gewählt zu werden, und nach der Wahl heißt es dann, war leider nicht zu machen

Agneta schrieb am 24.11.2016

Lassen wir ihn doch erst mal sein Amt antreten. Trump ist inzwischen von allen und jedem zerlegt und analysiert worden. Sieht fast so aus als warte man darauf, dass sich die ausschliesslich negativen Prognosen erfüllen.
Ob Medien oder Talkshows, es findet sich immer jemand, den man sezieren kann. Man weiss immer alles besser, man weiss es schon im Voraus und im Falle Trump ist klar, der Mann ist fehl am Platz. Das mag schon sein, aber sollte man ihm nicht erst mal eine Chance geben. Nein, unmöglich, geht nicht.

Präsident Bush hat einen illegalen Krieg geführt mit Tausenden von Toten, er hat Chaos und Zerstörung hinterlassen und uns jede Menge Flüchtlinge beschert und Obamas Drohnenkriege sind nicht weniger verwerflich. Trump tritt kein gutes Erbe an.

Herie schrieb am 27.11.2016

Zitat aus dem Interview: "Natürlich wird es Länder geben, die den Weg nicht mitgehen können. Norwegen ist eines. Die Schweiz ist ein anderes. Großbritannien ist offenbar ein drittes"

Alles Länder, die "normale" Arbeitsplätze für den Grossteil ihrer Wähler nicht mehr finanzieren können, sondern von Kapitalwirtschaft und Erdöl leben.

Das Blöde ist nur, dass ein paar stinkreiche Banker, CEOs und Ölmogule zu wenige Wählerstimmen abgeben.

Wenn die "reichen" Staaten unserer Welt nicht sehr schnell ein Regulativ für Kapitalgesellschaften einführen, die die Bereicherung weniger auf Kosten der Masse

beschränkt, ist die westliche Wohlstandsdemokratie geliefert und damit alles was seit dem Zweiten Weltkrieg hart erarbeitet wurde.

Der 3te Weltkrieg ist näher als wir es wahrhaben wolle.

Ulli schrieb am 29.11.2016

Ich stimme Agneta zu: Trump muss schon sehr effektiv sein, um mehr Schaden anzurichten als die Bush-Administration. Man kann von Trump halten was man will; aber die Art, wie ein demokratisch herbeigeführter Regierungswechsel attackiert wird, ist peinlich. Fremdschämen ist angesagt.
Zur EU: Wenn es keinen Nachteil zur Folge hat, aus der im Kern Solidargemeinschaft aufzusteigen (und zwar aus Eigennutz) warum sollte dann eine Staat Mitmachen? Der Ursprung der EU waren wirtschaftliche Vorteile für alle. Soll es dabei sein Bewenden Haben? Ein Brexit ohne Folgen für GB wird die EU im Kern überflüssig machen.

Fjdietrich schrieb am 30.11.2016

Ein französischer Politiker (Charles Pasqua) hat mal

gesagt: Wahlversprechen richten sich an die Dummen, die den Unsinn glauben.

Daniel schrieb am 01.12.2016

meiner Meinung nach ist Trump nicht so negativ für Europa als es aussieht. Jetzt ist die EU am Zug und kann nicht weiter wie bis jetzt verfahren. Entweder finden wir eine gemeinsame Sprache und handeln gemeinsam (was sich eher nicht abzeichnet), oder die EU wird auseinander fallen und es wird ein Neustart bzw. keine EU mehr geben.
Vor allem als ein Freund der EU Idee würde ich mir ein Neustart der EU wünschen, da die jetzige Situation alles andere als zufriedenstellend sei.
Leider sehe ich keine politische Kraft, die so etwas anstrebt. Letztendlich ist es egal welche Koalition in Deutschland die Macht haben wird. So gut wie alle Parteien vertreten sehr ähnliche Interessen und werden von den gleichen Lobbyisten bezahlt

---

jasmin schrieb am 01.12.2016

Ich finde, die westlichen demokratien taeten gut daran,

ihre abstimmungssysteme zu udberarbeiten. Trump hatte nicht die absolute mehrheit der waehlerstimmen und die mehrheit fuer brexit war so hauchduenn, dass sie nicht beruecksichtigt werden duerfte. Solch wichtige entscheidungen muessten mit qualifizierteren mehrheiten entschieden werden. Wir haben keine demokratie mehr sondern nur noch die diktatur der sehr wenigen entscheidenden stimmen. Das macht politisch keinen sinn und fuehrt die demokratie ad absurdum!

NoComment schrieb am 03.12.2016

Danke Herr Stiglitz! Trump ist Teil der Elite. Die Menschen werden das schnell merken.
Das Problem heisst: Versagen der Eliten. Ihre Legitimation zur Leitung des Gemeinwesens ist infrage gestellt, steht jetzt zur Diskussion. Die Frage ist jetzt auch, ob sie noch zu Kompromissen willig ist. Wenn ja, muss es einen Richtungswechsel weg vom Neoliberalismus hin zur "Umverteilung" und mehr Bürgerbeteiligung geben. Wenn nicht, wird man die (repräsentative) Demokratie und zivilgesellschaftliche Partizipation abbauen müssen. Sonst wird es zu weiteren "bösen" Überraschungen kommen. Das würde aber auch

heissen, daß der Weg zu einer friedlichen Richtungsänderung erschwert oder verbaut wird. Elitenversagen hatten wir in Deutschland schon zweimal: zu den Weltkriegen 1 und 2.

Anton schrieb am 08.12.2016

Geben wir doch Trump ersteinmal eine Chance ehe wir ihn schon vorher zu Kleinholz pruegeln.
Er wird sicher die USA aendern und hoffentlich fuer die Americans zum Besten. Was nicht bedeutet auch zum Besten von Europa. Bitte warm Anziehen

---

Ergo sum schrieb am 11.12.2016

Es ist nun mal die hässliche Gewohnheit der deutschen Medien, jeden neuen US-Präsidenten anzugreifen, noch ehe er sein Amt überhaupt angetreten hat. Reagan wurde als drittklassiger Schauspieler lächerlich gemacht, obschon er als Gewerkschaftspräsident und als zweimal wiedergewählter Gouverneur von Kalifornien bedeutende Verdienste erworben hatte. Kaliforniens Wirtschaft war doch wesentlich bedeutender als die deutsche. Auch Obama wurde in Deutschland sofort

angegriffen, besonders als er den Nobelpreis erhielt. Heute gilt Reagan als Held, der den Kalten Krieg gewann und die Mauer vernichtete, und Obama gilt als bester US-Präsident aller Zeiten. Warten wir also getrost ab, wie sich Trump nach seinem Amtsantritt entwickelt.

Klaus schrieb am 14.12.2016

Der Herr Prof. Stiglitz ist soweit ich weiß überzeugter "Keynesianer" und hat Präsident Clinton beraten.
Dann geht die große Immobilien-Spekulationsblase, die 2009 die Weltwirtschaft fast in den Abgrund gestürzt und nicht nur in den USA viele Menschen ruiniert hat, mitbaue sein Konto (Freedie Mac & Fanny Mae - die beiden von Clinton gegründeten Immobilienbanken, von denen die Blase ausging...). Dan gehen die Niedrigstzinsen der FED und die Ideologie der Schwemme des billigen Geldes, die derzeit die USA und Europa beherrscht und Millionen Sparer de facto enteignet, auch mit auf sein Konto.
Wie kommt ein solcher Mann, dessen Rezepte bisher nur desaströs waren, darauf, irgendwelche Ideen für die Zukunft zu haben?